bei seinerseits an den Verhandlungen in Compiègne und bei der erneuten Verlängerung des Waffenstillstandes teilgenommen haben.

Der erste Schritt zur Sozialisierung. Die gestrigen Verhandlungen mit dem neuen Volkskommissar des Bergbaues haben ergeben, daß die Arbeiten im Interesse der Sozialisierung der Steinkohlen- und Salzwerke sichergestellt sind. Die Wiederaufnahme der Arbeit ist für Dienstag früh zu erwarten, sobald die am Montag wieder zusammentretende Konferenz des A.- und S.-Rates des großen Bezirks die Frage des Sozialisierungsbeschlusses geregelt haben wird.

Ein deutscher Protest gegen Frankreich. Durch den neuen deutschen Staatssekretär des Auswärtigen, den Grafen von Brockdorff-Rantzau, ist gegen die Uebergriffe der Franzosen in Elsaß-Lothringen, die nichts anderes sind, als Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens, ein sachlich eingehender und entschiedener Protest eingelegt worden.

Die Frage der Blockade Deutschlands. Die Berner Blätter aus Paris erfahren, werden seit einigen Tagen von den zuständigen Stellen in Paris offiziöse Besprechungen über die Frage der Blockade Deutschlands gepflogen, ohne daß man zu einem abschließenden Ergebnis gekommen wäre. Die amerikanischen Delegierten forderten eine möglichst schnelle Entsendung von Lebensmitteln nach Mitteleuropa. Die amerikanischen Delegierten forderten eine möglichst schnelle Entsendung von Lebensmitteln nach Europa und erblicken in dieser Maßnahme ein wirksames Reaktionsmittel gegen den Bolschewismus im allgemeinen. Von englischer Seite wurde demgegenüber mit allem Nachdruck auf einer Beibehaltung der Blockade im bisherigen Umfange bestanden. Man hofft, daß der in den nächsten Tagen zusammentretende interalliierte Verpflegungsrat eine Lösung finden wird.

Wiederbewaffnung der Berliner Schutzmannschaft. Vor der versammelten Schutzmannschaft Berlins erklärte Polizeileutnant Heyse in einer Ansprache, daß die Regierung mit den bisherigen Maßnahmen des Polizeipräsidenten Eichhorn nicht einverstanden gewesen sei, und nunmehr nach dessen Absetzung die Schutzmannschaft wieder stärker zur Bekämpfung des Verbrechertums, das sich jetzt besonders breitmache, herangezogen werden würde. Zu diesem Zwecke werde sie auch ihre Waffen wieder erhalten, ungeachtet der bisherigen Vorgänge wie früher für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Eine Entschädigung für ihre schwere Arbeit sei ihnen gewiß.

Der neue Berliner Polizeipräsident Richter äußerte sich einem Vertreter des „Berl. Lokalanzeigers" gegenüber: Nachdem die Spartakistenherrschaft aufgehoben sei, werde Ruhe und Ordnung größtenteils wieder einkehren. Die Regierung sei gewillt, ihre Macht rücksichtslos zu gebrauchen, um irgendwelche Putsche im Keime zu ersticken. Die Sicherheitswehr sei fest in der Hand der Regierung. Die unlauteren Elemente seien ausgemerzt worden. Im Interesse der Ruhe und Ordnung sei es notwendig, die entkommenen Führer Eichhorn, Liebknecht usw. so schnell wie möglich festzunehmen. Lebedour, Dr. Meier und der Sohn Liebknechts seien verhaftet worden. Bei der Beschießung des Polizeipräsidiums habe auch das Schloß einen Treffer erhalten. Die Beschädigungen seien jedoch unerheblich.

In Berlin ist nunmehr auch der Schlesische Bahnhof durch die Regierungstruppen besetzt worden. — Wie aus Steglitz gemeldet wird, ist die dortige Wohnung Liebknechts heute polizeilich durchsucht worden. — Die Verhafteten Lebedour und Dr. Ernst Meier befinden sich in einem der früheren königlichen Schlösser.

Neue Schießereien in Berlin. In der Wilhelmstraße, in der Friedrich- und Lindenstraße wurde gestern in der fünften Stunde gegen das Vorwärtsgebäude und die Büxenstein'sche Druckerei aus versteckten Spartakistennestern geschossen, so daß das Passieren dieser Straßen abermals mit Lebensgefahr verbunden war. Trotzdem die Dächer genau beobachtet wurden, gelang es bisher doch nicht, die Spartakistennester zu entdecken. Die genannten Straßen liegen daher wieder im tiefsten Dunkel. — Im Laufe des Montagnachmittags ist die Schwester von Liebknecht festgenommen worden. Nach einer weiteren Mitteilung sollen auch die Schwester, die Mutter und der Bruder von Rosa Luxemburg verhaftet worden sein, ebenso soll der Spartakist Dr. Levy festgenommen worden sein. Wie vom Polizeipräsidium mitgeteilt wird, ist Radek ganz bestimmt nicht mehr in Berlin. Montag abend gegen 11 Uhr setzten neue Kämpfe im Zeitungsviertel ein. Es wurde von den Dächern und aus den Häusern geschossen. Auch Handgranaten wurden von Spartakisten geworfen. Die Regierungstruppen, die mit der Besetzung der Zeitungen betraut sind, eröffneten ein heftiges Maschinengewehrfeuer auf die Angreifer, die nur selten zu sehen sind. Auch am Halleschen Tor sind neue Kämpfe ausgebrochen. Spartakisten versuchten erneut, sich dem „Vorwärts" zu nähern und werden von einer großen Anzahl regierungstreuer Truppen in Schach gehalten. Wie es heißt, toben auch Kämpfe um eine Kaserne in der Belle-Alliance-Straße.

Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrrevier. Die Belegschaften der Zechen des Mühlheimer Bergwerksvereins beschlossen, die Arbeit unter der Bedingung wieder aufzunehmen, daß den Verheirateten 120 Mark, den Unverheirateten 60 Mark Teuerungszulage gezahlt werden sollte. Die Aufnahme der Arbeit sollte gestern erfolgen. Die Streikbewegung auf der Friedrich-Wilhelm-Hütte hat, nachdem die Forderungen der Arbeiter bewilligt wurden, nunmehr ihr Ende gefunden. Am Freitag wurden die Arbeiten in den Abteilungen der Kokerei und in den Hochöfen und die Vorarbeiten zur Aufnahme des Gesamtbetriebes, der gestern erfolgen sollte, wieder aufgenommen.

Professor Dr. Binding über die Neugestaltung des deutschen Reiches. In den „Leipz. Neuesten Nachr." tritt der bekannte Staatsrechtslehrer Professor Dr. Karl Binding, für die Beibehaltung der bundesstaatlichen Form des Deutschen Reiches ein. Den verhängnisvollen Gedanken einer Auflösung der preußischen Staaten weist er schon deshalb zurück, damit ein mächtiger und einflußreicher Staat auch künftighin an die östlichen Randstaaten und unseren westlichen Nachbarn angrenze. Nur der überwiegendste Einfluß Preußens auf die eigenen Angelegenheiten des Reiches müsse durch ein gleichmäßiges Mittel der Macht aufgehoben werden. Neben Preußen seien Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen und ebenso die drei Stadtstaaten der Hansastädte zu erhalten. Die übrigen kleinen Staaten aber müssen zu zwei Staaten von je zwei Millionen Einwohnern sich zusammenschließen, so daß das Deutsche Reich dann aus 11 Staaten, später mit Deutsch-Oesterreich aus 13 Staaten bestände.

Frankreich und die Sowjetregierung. Pichon bezeichnete die Behauptung der „Humanité" für unrichtig, daß Frankreich keinesfalls mit der russischen Sowjetregierung in Verhandlungen treten werde.

Ein Verbot des Waffentragens. Wie die „Frankfurter Nachr." aus Berlin erfahren, soll sofort eine Verfügung erlassen werden, die das Tragen von Waffen allen Zivilisten verbietet, die nicht im Besitz einer von der Regierung ausgestellten Bescheinigung sind. Diese Verfügung soll gewissermaßen an die Stelle des Belagerungszustandes treten.

Wahlen in Süddeutschland. Das Wahlergebnis bei den gestrigen Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung ist folgendes: Stimmberechtigt waren 1 815 066 Wähler. Gültige Stimmen wurden abgegeben: 1 815 506, ungültige 2740. Es entfielen auf die unabh.-sozialdemokratische Partei 40 622, Zentrum 278 192, Bauernbund 76 [illegible], Weingärtnerbund und Kleine Landwirte 35 2[illegible], Landwirte Württemberg 5742, deutsche demokratische Partei 328 505, sozialdemokratische Partei Württembergs 452 459, deutsche Friedenspartei 4587, württembergische Bürgerpartei 97 [illegible] Stimmen. Somit erhielten Abgeordnetensitze die unabhängigen Sozialdemokraten 4, Zentrum 31, Bauernbund 10, Weingärtner und Kleine Landwirte 4, deutsche demokratische Partei 21, sozialdemokratische Partei Württembergs 53, württembergische Bürgerpartei 11, die übrigen Parteien gingen leer aus. Das Wahlergebnis aus der Gemeinde Münchingen-Hoenberg steht noch aus, ändert aber nichts an dem Ergebnis. — Die „B. N. N." melden: Nunmehr liegen, jedoch zum größten Teil noch nicht vollständig, die Ergebnisse der bayerischen Landtagswahlen aus sämtlichen 147 Bezirksämtern rechts des Rheins vor (in der Rheinpfalz ist bekanntlich noch nicht gewählt worden.) Danach erhielten Stimmen: Bayerische Volkspartei (früher Zentrum) 764 429, Mehrheitssozialdemokraten 699 483, Deutsche Volkspartei (Deutsche Demokratische Partei) 312 182, Bayerischer Bauernbund 200 238, Nationalliberale und Mittelparteien (Konservative und Bund der Landwirte) 86 158, Unabhängige Sozialdemokraten 67 507. Im Bauernbund scheinen verschiedene Strömungen zu herrschen, zum größten Teil ist er aber der Rechten zuzurechnen, so daß für diese eine Mehrheit gesichert sein dürfte. Die „B. N. N." teilen ferner folgendes Kuriosum mit: Die Spartakisten hatten die Stimmenabgabe für die Bayerische Volkspartei mit der Begründung beschlossen, dadurch die Reaktion stärken zu wollen. Der Beschluß ist auch trotz der Mahnung des Ministers Unterleitner, den Unabhängigen die Stimmen zuzuwenden, tatsächlich ausgeführt worden.

Die uneinige Entente. In Holland ist man bezüglich der in Kürze beginnenden Vorfriedensverhandlungen nicht besonders hoffnungsvoll gestimmt, was besonders auf die zwischen den Siegern bestehenden Gegensätze hinsichtlich der Lösung einzelner Fragen, meist territorialer Natur, zurückzuführen ist. Wie es scheint, bestehen die größten Unstimmigkeiten zwischen Amerika und England, da Amerika den Wilsonschen Grundsatz betreffend die Freiheit der Meere nicht übereinstimmend mit Englands Vorherrschaft zur See hält. Wie verlautet, verlange Amerika vor allem die Einstellung weiterer Flottenrüstungen, England aber stehe dieser Forderung Amerikas ablehnend gegenüber. Ein weiterer Gegensatz ergibt sich zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich, da Frankreich mit der Schaffung eines Bundes der Nationen und der Abschaffung der Geheimverträge sich nicht einverstanden erklärt. Auch zwischen Frankreich und Italien besteht ein Gegensatz, der sich besonders auf die Ansprüche Italiens auf Teile Südslawoniens, namentlich Dalmatiens bezieht, deren Anerkennung Frankreich versagt.

Der „Kaiser der Sahara" von seiner Frau erschossen. Der Millionär Jacques Lebaudy, der sich früher Kaiser der Sahara nannte, ist von seiner Frau erschossen worden. Sie wird jetzt beobachtet. Da sie zusammengebrochen ist, vermag sie keine näheren Angaben zu machen. Frau Lebaudy hat fünf Schüsse abgegeben, die sämtlich getroffen haben.

Der Streik der schwedischen Seeleute dauert an. Auch in anderen Arbeiterklassen greift die Streikbewegung um sich, besonders bei den Telegraphen- und Telephonarbeitern. Die Verhandlungen wegen der Forderungen der Lokomotivführer werden fortgesetzt.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 14. Januar 1919.

—* Die Unabhängigen Sozialdemokraten hielten gestern abend in der Exerzierhalle der Pionierkaserne eine öffentliche Versammlung ab, die von einigen Tausend Personen besucht war. Die große geräumige Halle war von der dichtgedrängt stehenden Menge nahezu ganz gefüllt. Der Leiter der Versammlung gab bekannt, daß in den Kasernen angebrachte Anschläge vermuten ließen, daß man mit einem von der Versammlung ausgehenden Putsch rechne. Die Versammlung sei aber nicht einberufen, um Krawalle zu inszenieren, sondern um Aufklärung zu schaffen. Der sächsische Volksbeauftragte für das Militärwesen, Fleißner, Dresden, sprach über die Wahlen und die sozialistische Republik. Die Unabhängige Sozialdemokratie habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß es notwendig gewesen wäre, mindestens erst eine längere Zeit verstreichen zu lassen, ehe die Wahlen zur Nationalversammlung vorgenommen würden, um dem Volke nach dem vierjährigen Belagerungszustand, der die politische Opposition unterdrückt habe, Gelegenheit zu geben, sich zu orientieren, um was es sich handelt. Die Revolution sei vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus gemacht worden und vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus solle sie auch weitergeführt werden. Sie habe längstersehnte politische Freiheiten gebracht. Aber die Arbeit sei damit noch nicht getan. Um was für eine Republik handle es sich? Die deutsche Republik müsse eine sozialistische Republik werden, in der das Wirtschaftssystem von Grund aus umgestaltet werde. An diesem Standpunkte halte die Unabhängige Sozialdemokratie fest. „Richten Sie sich", so führte der Redner aus, „schon heute auf spätere weitere Kämpfe ein; sie werden uns nicht erspart bleiben." Die Nationalversammlung werde die Probe auf das Exempel ergeben, und deshalb seien die Wahlen so wichtig. 95 Prozent des Volkes hätten ein Interesse an der sozialistischen Republik, nicht an der bürgerlich-demokratischen Republik. Die Aktionäre und Einzelunternehmer hätten jetzt den meisten Gewinn an der Arbeit, vielfach, ohne an der Produktion beteiligt zu sein. Das sei kein gesunder Zustand. Alle Werte, die von der Allgemeinheit geschaffen würden, müßten auch der Allgemeinheit wieder zugeführt werden. Es dürfe keinen Menschen geben, der nicht arbeite, wenn er arbeiten könne. Das wollten die bürgerlichen Parteien nicht, deshalb der heisere Schrei nach der Nationalversammlung. Die Revolution werde auslaufen wie das Hornberger Schießen, wenn nichts weiter erreicht werde, als die politischen Freiheiten. Die Situation sei: Hier Kapitalismus, hier Sozialismus. Redner kam nun darauf zu sprechen, daß bei den diesmaligen Wahlen zwei sozialistische Parteien vorhanden seien. Ein tiefer, sachlicher Meinungsunterschied sei die Ursache der Trennung gewesen. Redner schilderte eingehend die Kriegspolitik der Mehrheitssozialisten, die rundweg abgelehnt werden müsse. Er hoffe, daß auch in den anderen Ländern Umwälzungen sich entwickeln würden. Die italienische Sozialdemokratie stelle sich auf den Standpunkt, daß auch in Italien die Monarchie beseitigt und die sozialistische Republik errichtet werden müsse. Auch in England fange es an zu gähren und ähnliche Vorgänge spielten sich in Frankreich ab. Der Stein sei im Rollen. Der Mißbrauch der Preßfreiheit durch die bürgerliche Presse und den „Vorwärts" habe die Berliner Zustände herbeigeführt, an denen auch Ebert-Scheidemann Schuld hätten, die durch ihren Rücktritt den Bruderkampf hätten vermeiden können. Nachdem der Redner geendet hatte, stellte der Versammlungsleiter die Forderung des Rücktritts der Regierung Ebert-Scheidemann zur Abstimmung; sie wurde angenommen. Es sprach hierauf der Mehrheitssozialist Arzt, Dresden. Er stimmte dem ersten Teil der Ausführungen Fleißners zu. Auch die Mehrheitssozialisten wollten eine sozialistische Republik. Beide Parteien müßten sich zu einer einzigen großen Phalanx zusammenschließen. Die Angriffe auf die Kriegspolitik der Mehrheitssozialisten wies er zurück. Dieser Bruderkrieg werde die Revolution der Reaktion in die Arme treiben. Nachdem Fleißner dem Vorredner geantwortet hatte, nahm noch der Vorsitzende des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates Schertlig das Wort. Auch er vertrat den Standpunkt, daß die Mehrheitssozialisten nicht die demokratische, sondern die sozialistische Republik wollten. Es handle sich nur um einen Streit der Führer. Eine Gefahr für die sozialistische Republik bilde auch die Tätigkeit der unabhängigen Minister. Fleißner räume den Offizieren wieder große Rechte ein. Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat stehe auf dem Standpunkt, daß er das, was Lipinski und Fleißner wollten, nicht mitmachen könne. Fleißner erwiderte, daß diese Angriffe nicht gegen ihn, sondern gegen Göhre, Berlin, gerichtet werden müßten. Im übrigen griff er Schertlig scharf an, dem er inkonsequente Haltung vorwarf. Nachdem der Leiter die Kandidatenliste der Unabhängigen verlesen hatte, schloß er die Versammlung, die insbesondere im letzten Teil der Aussprache noch einen ziemlich erregten Charakter angenommen hatte. Nach dem Beifall zu urteilen, den Fleißner und der Mehrheitssozialist Arzt fanden, waren beide sozialdemokratische Richtungen in der Versammlung gleich stark vertreten.

—* Protest. Wie man uns mitteilt, hat die deutschnationale Volkspartei, Ortsgruppe Riesa, beim Sächs. Ministerium des Innern dagegen Protest eingereicht, daß das dem „Riesaer Tageblatt" vom 10. d. M. beigefügte Flugblatt „Unter falscher Flagge" von dem Arbeiter- und Soldatenrat Riesa (mithin von einer Behörde!) herausgegeben worden ist. Der Protest wird damit begründet, daß die Sozialdemokratie stets den Standpunkt vertreten hat, daß amtliche Stellen sich nicht in den Wahlkampf hineinmischen dürfen und daß man sich nur vorzustellen brauche, was geworden wäre, wenn früher ein Amtshauptmann oder Landrat ein Flugblatt für die konservative oder eine ähnliche Partei herausgegeben hätte! Ein ähnlicher Uebergriff liegt darin, daß die Unabhängige Sozialdemokratie für ihre Wählerversammlung vom 13. d. M. das Exerzierhaus unserer Pionierkaserne benutzt hat. Auch das wäre in früherer Zeit im umgekehrten Falle von der Sozialdemokratie auf das Heftigste bekämpft worden. Die deutschnationale Partei behält sich deshalb vor, wegen dieser Eingriffe die Anfechtung der Wahl nach Befinden in die Wege zu leiten.

—* Diebstahl. In der Nacht zum 13. d. M. ist aus einem plombierten Eisenbahngüterwagen, der sich am hiesigen Elbkai gegenüber der Hübtermühle auf Gleis 3 befunden hat, ein Sack Hafer, 51 Kilogramm schwer, verdachtslos gestohlen worden. Irgendwelche Wahrnehmungen wolle man umgehend zur Kenntnis der Polizei bringen.

—* Wahlversammlung. Bürgermeister Hagemann (Creditanstalt Sächsischer Gemeinden, Dresden), spricht am Donnerstag, den 16. Januar, im Saale des Gasthofes zum „Stern" über „Was erwarten wir".

—* Aufruf des Gesamtministeriums. An Sachsens Volk! Alle großen Parteien unseres Landes sind sich einig, daß die vom deutschen Rätekongreß beschlossenen Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar durchzuführen sind. Demgemäß ist es Aufgabe aller Behörden, die zur Durchführung der Wahl erforderlichen Maßnahmen zu treffen und vorzusorgen, daß jede gewaltsame Verhinderung der Wahlfreiheit unterbunden wird. Die gesetzlichen Bestimmungen geben Gewähr, daß Personen, die die Wahl behindern würden, sich strafbar machen. Die Regierung fordert die gesamte Bevölkerung Sachsens auf, sich für die geordnete Durchführung der Wahl einzusetzen. Das Gesamtministerium: Buck, Fleißner, Geyer, Gradnauer, Lipinski, Schwarz.

—* Bekämpfung der Sperlingsplage. Unter Bezugnahme auf die in Nr. 310 des „Riesaer Tageblattes" vom 28. Dezember 1918 abgedruckte Bekanntmachung der Amtsh. über die Bekämpfung der Sperlingsplage wird darauf hingewiesen, daß die Firma Kurt Feuerriegel, Kunsttöpferei in Frohburg i. S., sich bereit erklärt hat, Sperlingsnester nach Vorschrift der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt in Dresden für den Preis von 50 ₰ für das Stück ausschl. Versandkosten zu liefern. Bestellungen sind unmittelbar an die Firma zu richten. Mit Rücksicht darauf, daß es sich um Winterarbeit handelt, empfiehlt es sich, etwaige Aufträge baldigst zu bewirken.

—* Verein Heimatdank. Am 31. Dezember 1918 fand unter dem Vorsitz des Herrn Geheimen Regierungsrates Dr. Uhlemann im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft die Hauptversammlung und daran anschließend die Vorstandssitzung des Vereins Heimatdank für die Amtshauptmannschaft Großenhain statt. In der ersteren wurden nach Vortrag des Geschäftsberichts und Richtigsprechung der Rechnung auf 1917 Rechnungsprüfer für das Jahr 1918 gewählt. In der Vorstandssitzung wurde von den inzwischen eingegangenen Rundschreiben der Stiftung Heimatdank, sowie anderen Schreiben Kenntnis genommen und eine größere Anzahl Unterstützungsgesuche (75) und bereits bewilligte Beihilfen (62) gutgeheißen. Bei einer Anzahl weiterer Gesuche wurde zum größten Teil zustimmende Entschließung gefaßt.

)(Dresden. Einbrecher drangen in der Nacht zum 13. Januar in das Juwelengeschäft von Jähne, Georgsplatz 10, ein und stahlen für 80 000 ℳ Gold- und Silbergegenstände aller Art. 10 Prozent wurden als Lohn für die Wiedererlangung ausgesetzt.

Dresden. Die Pocken zeigen in Dresden noch immer keinen Rückgang. Die Gesamtzahl der Fälle ist auf 125 gestiegen.

Kamenz. Ein auswärtiger Butteraufkäufer wurde auf dem hiesigen Bahnhofe angehalten. Er hatte nicht weniger als 41 Stück Butter und 43 Pfund Quark in in der hiesigen Gegend aufgekauft, die er auszuführen beabsichtigte. Die Ware wurde beschlagnahmt.

Crimmitschau. Die „Stadt- und Landzeitung" meldet: Ein Großfeuer brach gestern in dem Betriebe der Spinnerei Karl Böttger in Crimmitschau-Neukirchen aus. Durch das Heißlaufen einer Welle der Transmission im Erdgeschoß des großen vierstöckigen Spinnereigebäudes verbreitete sich das Feuer mit rasender Schnelligkeit durch den Transmissionsschacht in allen vier Stockwerken. Ein Teil der im Betriebe beschäftigten Arbeiter konnte nicht rechtzeitig den Weg ins Freie finden, so daß bei dem Brande auch einige Menschen, man spricht von 5 bis 10, verbrannten, und einige verletzt wurden.

)(Leipzig. Gestern ist hier eine Kommission englischer Offiziere eingetroffen, um die Ernährungslage der Stadt einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 14. Januar 1919.

Ueber die Aufhebung der Blockade.

* Amsterdam. Wie Dr. Dillon aus Paris an die Daily Telegraf meldet, sind die amerikanischen Friedensabgeordneten der Uebereinstimmung, daß die Blockade gegen die Mittelmächte aufgehoben werden müßte, weil eine unzureichende Lösung der Lebensmittelfrage gefährliche Folgen für sie haben könne. Dillon ist der Meinung, daß die Schwierigkeiten, in denen sich Deutschland befindet und die seine politische Einheit und seine Befugnis zur Ratifizierung des Friedens in Frage stellt, den Alliierten nicht gleichgültig sein dürfte.

Die Opfer der Streikunruhen in Buenos Aires.

* Amsterdam. Aus Buenos Aires wird gemeldet: Während der Streikunruhen sind 250 Personen getötet und 700 verwundet worden.

Der heutigen Gesamtauflage d. Bl. liegt ein Flugblatt mit der Ueberschrift: „An die christlichen Wähler und Wählerinnen!" bei.

SLUB
Wir führen Wissen.